

Traktandum Nr. 11

Gremium	Datum
Regionalversammlung (RV)	22. Juni 2023

Titel	Art des Geschäfts
Kommission Verkehr: Verpflichtungskredit 2023–2025 «Regionales Angebotskonzept ÖV 2027–2030 (RAK ÖV 2027–2030)»	Genehmigung

Sachverhalt

Der Grosse Rat genehmigt das ÖV-Angebot im Kanton Bern alle vier Jahre im Rahmen des kantonalen Angebotsbeschlusses ÖV. Die Grundlage für den kantonalen Angebotsbeschluss bilden die RAK ÖV.

Das Bundesamt für Verkehr hat im November 2022 die schweizweite Harmonisierung der Bestellperiode beschlossen. Dies hat für den Kanton Bern zur Folge, dass der kantonale Angebotsbeschluss 2022–2025 um ein Jahr verlängert und das RAK ÖV neu für die Jahre 2027–2030 (statt 2026–2029) erarbeitet wird.

Mit dem RAK ÖV 2027–2030 will die RKBM das Angebot des öffentlichen Verkehrs in der Region Bern-Mittelland weiter verbessern und effizienter ausgestalten. Als Basis für die Erarbeitung dienen unter anderem das RAK ÖV 2022–2025 sowie die Mobilitätsstrategie Region Bern-Mittelland 2040. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen und bezüglich mittel- und langfristiger Angebotsvorstellungen aufwärtskompatibel sein.

Verpflichtungskredit 2023–2025

Da das Projekt mehrjährig ist, hat die Regionalversammlung einen entsprechenden Verpflichtungskredit zu genehmigen.

Verpflichtungskredit 2023–2025	
Projekt	Regionales Angebotskonzept ÖV 2027–2030 (RAK ÖV 2027–2030)
Funktionsbereich	67 Verkehr
Kreditsumme	
Drittkosten (inkl. MWST und Nebenkosten)	CHF 140'000.00
Reserven	CHF 10'000.00
Total	CHF 150'000.00

Finanzierung

Die Aufwände sind im Budget 2023 enthalten bzw. werden in die nachfolgenden Budgets aufgenommen. Das kantonale Amt für öffentlichen Verkehr hat in seiner Verfügung vom 28. März 2023 eine Subventionierung in Höhe von 75 % zugesichert.

Antrag

Die Kommission Verkehr beantragt der Regionalversammlung einen Verpflichtungskredit 2023–2025 in der Höhe von CHF 150'000 (inkl. MWST, NK und Reserve) für das Projekt «Regionales Angebotskonzept ÖV 2027–2030 (RAK ÖV 2027–2023)».

Die Geschäftsleitung unterstützt den Antrag.